

# Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 509

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: LV Niedersachsen, LV Bayern

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

## 1 **Freier Zugang zu Tibet – Unterstützung des "Reciprocal** 2 **Access to Tibet Act" der USA**

3

4 Die Jungen Liberalen fordern eine Unterstützung des "Reciprocal Access to Tibet Act" der USA  
5 durch die Bundesregierung und die Schaffung einer vergleichbaren Regelung auf nationaler  
6 Ebene sowie das Einwirken der Bundesrepublik Deutschland auf andere Mitgliedsstaaten der  
7 Europäischen Union, eine vergleichbare Regelung zu schaffen.

8 Die Menschenrechtssituation in Tibet ist stark angespannt. Rechte wie die Meinungsfreiheit und die  
9 freie Religionsausübung sind nicht gewährleistet. Berichte von willkürlichen Verhaftungen,  
10 unfairen Gerichtsverfahren, unwürdigen Haftbedingungen und Folter sind in Tibet seit Jahren an  
11 der Tagesordnung. Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger werden auf Grundlage vager und  
12 weit gefasster Anklagen wie "Untergrabung der staatlichen Ordnung" oder "Streitsucht und  
13 Unruhestiftung" von chinesischen Behörden strafrechtlich verfolgt, inhaftiert und schuldig  
14 gesprochen.

15 Um diese Umstände der Weltöffentlichkeit deutlich zu machen, bedarf es eines freien Zugangs  
16 zu der autonomen Region Tibet und den angrenzenden tibetischen Siedlungsgebieten. Dieser  
17 Zugang wird von den chinesischen Behörden jedoch (absichtlich) nicht gewährt. Eine volle  
18 Reisefreiheit wird grundsätzlich weder Diplomaten noch Journalisten oder NGO-Mitarbeitern  
19 zugesprochen. Eine Einreise in die autonome Region Tibet ist aktuell nur im Rahmen von  
20 speziellen Touren möglich, die vom chinesischen Staat strikt organisiert und kontrolliert werden,  
21 um so die wahre Menschenrechtssituation der Tibeter zu verschleiern. Auch der Zugang zu solchen  
22 Touren ist nicht sichergestellt, so wird Mitarbeitern von NGOs, Journalisten oder Deutschen mit  
23 tibetischem Migrationshintergrund regelmäßig die Einreise nach Tibet verweigert.

24 Um diesen Zuständen entgegenzutreten, hat die USA den "Reciprocal Access to Tibet Act"  
25 verabschiedet (H.R.1872). Dieser sieht vor, dass die Behörden der Vereinigten Staaten unter  
26 anderem denjenigen chinesischen Funktionären die Einreise in die USA verweigern, die  
27 US-Diplomaten, Journalisten oder NGO-Mitarbeitern den Zugang nach Tibet verwehren. Dieses  
28 Gesetz, das auf dem Grundgedanken der diplomatischen Gegenseitigkeit beruht, ist in gleicher  
29 Form in Deutschland einzuführen. Es dient dabei vor allem als Zeichen an die Volksrepublik  
30 China, dass das Fortbestehen des Status Quo in der Tibetfrage und eine damit einhergehende  
31 Verschlechterung der Menschenrechte von Deutschland nicht akzeptiert wird.

32 Daher fordern die Jungen Liberalen konkret, dass:

- 33 • allen international anerkannten NGOs Zugang zu Tibet gewährt wird und diese in ihrer  
34 Arbeit nicht gestört werden dürfen. Dabei sollen als NGOs insbesondere auch solche  
35 gelten, die nach nationalem chinesischem Verständnis nicht, international jedoch

- 36 anerkannt werden.
- 37 • Vertretern der Presse unbegrenzt Zugang zu Tibet zu gewähren ist. Eine staatliche
- 38 Zensur, Beeinflussung oder einschüchternde Überwachung der Presse muss unterlassen
- 39 werden.
- 40 • diplomatischen Mitarbeitern der Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland und
- 41 anderer Staaten der Europäischen Union unbegrenzter Zugang zu Tibet zu gewähren ist.
- 42 • jeder Funktionär, der für die Zugangsverweigerung verantwortlich ist, die Einreise nach
- 43 Deutschland im Sinn der diplomatischen Gegenseitigkeit verweigert werden soll. Dabei
- 44 sind nur Mitarbeiter und Funktionäre der chinesischen Behörden betroffen. Mitarbeitern
- 45 der chinesischen Presse, chinesischen NGOs oder chinesische Privatpersonen sollen
- 46 von dieser Regelung nicht betroffen sein.
- 47 • das Außenministerium jährlich einen Bericht über die Zugangsmöglichkeiten für die oben
- 48 genannten Gruppen nach Tibet zu erstellen hat und in diesem diejenigen Personen
- 49 benennt, die für die Zutrittsverweigerung verantwortlich sind.
- 50 • Deutschland sich für eine Umsetzung vergleichbarer Gesetze in der gesamten
- 51 Europäischen Union engagiert.

52 Die Jungen Liberalen erkennen die militärische Besetzung Tibets durch die Chinesen im Jahr

53 1950 nicht an. Demnach ist das historische Tibet in seinen Grenzen vor 1950 ein

54 völkerrechtswidrig annektiertes Gebiet. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern den

55 Außenminister dazu auf, genau zu prüfen, ob diplomatische Beziehungen zur Tibetischen

56 Exilregierung aufgenommen werden können. Zudem soll sich die Bundesregierung in den

57 Organen der Europäischen Union für eine einheitliche Behandlung der "Tibetfrage" nach den

58 oben aufgestellten Forderungen einsetzen.

59 **Begründung:** *erfolgt mündlich*

60

*Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.*